

# ZUM VOLKSENTSCHEID ÜBER DAS „KLIMASCHUTZVERBESSERUNGSGESETZ“ IN HAMBURG

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Hamburg – der Wirtschaftsflügel der CDU – positioniert sich klar ablehnend zum Vorziehen der Klimaschutzziele auf 2040

Hintergrund:

Mit dem Volksentscheid soll Hamburg verpflichtet werden, die CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2040 zu erreichen. Dazu werden jährliche, verbindliche Emissionsbudgets eingeführt, mit Sofortprogrammen bei Zielverfehlung. Damit zieht Hamburg die Klimaziele um fünf Jahre vor (statt 2045 bereits 2040).

## Ein klares NEIN der MIT Hamburg zum Volksentscheid:

### Das Gesetz erhöht Planungsunsicherheit und weitet Bürokratie aus

Jährliche Emissionsbudgets und Sofortprogramme erzeugen einen bürokratischen Dauerdruck. Mittelständische Betriebe müssen laufend mit neuen Auflagen rechnen, was Investitionsentscheidungen erschwert.

- 🌟 **Wir fordern:** Hamburg braucht Planungssicherheit, indem es z.B. mehrjährige Klimapfade mit klaren Zwischenzielen vorgibt und dabei den Bürokratieabbau messbar priorisiert.

### Das Gesetz belastet Unternehmen durch beschleunigte Transformation

Energetische Sanierungen, Umstellung von Produktionsanlagen sowie Logistik- und Fahrzeugflotten zwingen Unternehmen dazu, fünf Jahre schneller zu investieren. Diese vorgezogenen Investitionen binden Kapital und verschlechtern die Liquidität. Eine vorgezogene CO<sub>2</sub>-Neutralität kann energieintensive Unternehmen in eine Schieflage bringen.

- 🌟 **Wir fordern:** Hamburg kann Förderprogramme und steuerliche Entlastungen ausbauen, damit Mittelständler Investitionen in ihrem eigenen Tempo stemmen können.

### Das Gesetz schafft Wettbewerbsnachteile für Hamburger Betriebe

Hamburg setzt sich strengere Ziele als wirtschaftlich vertretbar. Mittelständler tragen dadurch höhere Kosten, während Wettbewerber in anderen Regionen profitieren.

- 🌟 **Wir fordern:** Hamburg sollte Klimaziele vertretbar umsetzen und dabei die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft schützen.

## Das Gesetz verunsichert durch unklare Sozialverträglichkeit

Zwar wird die „Sozialverträglichkeit“ betont, aber es bleibt offen, wie diese umgesetzt wird. Für den Mittelstand bedeutet das: erst zahlen, dann auf Entlastung hoffen.

- 🌟 **Wir fordern:** Die Politik sollte klare Härtefallregelungen und branchenspezifische Förderinstrumente festschreiben, damit Mittelständler nicht im Regen stehen.

## Das Gesetz produziert Aktionismus statt nachhaltiger Lösungen

Die Sofortprogrammpflicht bei jeder Zielverfehlung erhöht den Druck, kurzfristig Maßnahmen zu erlassen – unabhängig von deren wirtschaftlicher Tragfähigkeit. Überzogene Verbote oder Auflagen treffen besonders KMU hart.

- 🌟 **Wir fordern:** Hamburg sollte auf langfristige Innovations- und Investitionsprogramme setzen, statt hektisch neue Auflagen zu beschließen.

## Unser Fazit:

Hamburg braucht ambitionierten Klimaschutz, aber mit Augenmaß, Wettbewerbsfairness und Technologieoffenheit. Der Volksentscheid gefährdet den Mittelstand, weil er Kosten beschleunigt, Bürokratie erhöht und Standortnachteile verstärkt. Ein **Nein** beim Volksentscheid **schützt** den wirtschaftlichen Kern Hamburgs – den Mittelstand – und eröffnet Raum für kluge, mittelstandsfreundliche Klimapolitik. Und ohne eine starke Wirtschaft können Klimaschutz und Sozialausgaben nicht bezahlt werden.